

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
Telefax 032 627 22 69
pd@sk.so.ch
www.parlament.so.ch

I 0071/2016 (FD)

**Interpellation Fraktion SVP: Affäre bei der Pensionskasse Kanton Solothurn
(10.05.2016)**

Im Zusammenhang mit der Affäre bei der Pensionskasse Kanton Solothurn (PKSO) bitten wir die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Im Kalenderjahr 2015 wurden von der PKSO bekanntlich CHF 3,0 Mio. Risikobeiträge zu wenig eingezogen. Die PKSO wird durch Steuergelder ausfinanziert. Wie beurteilt der Regierungsrat dieses Versäumnis und was hält er von rückwirkender Einforderung dieser Beiträge?
2. Wann wurde der Regierungsrat über dieses Versäumnis (1.0 statt 1.5 Prozent) orientiert?
3. Wie beurteilt der Regierungsrat die erfolgte Lohneinstufung des Direktors der PKSO? Ist diese – auch im Vergleich zu anderen Chefbeamten des Kantons Solothurn – aus Sicht des Regierungsrates gerechtfertigt?
4. Geht der Regierungsrat davon aus, dass der Direktor der PKSO nächstes Jahr in die Lohnklasse 29 eingestuft werden wird?
5. Wurden bei der PKSO, abgesehen vom Direktor, noch weitere Personen neu eingestuft? Wenn ja, um wie viele Angestellte handelt es sich und wie hoch sind die Lohnerhöhungen – einzeln und insgesamt – inkl. Sozialleistungen ausgefallen?
6. Wie gross ist das Vertrauen des Regierungsrates in die Verantwortungsträger der PKSO?
7. Wie beurteilt der Regierungsrat die Zusammensetzung des Personalausschusses und der Verwaltungskommission der PKSO?

Begründung 10.05.2016: schriftlich.

Kürzlich wurde bekannt, dass die PKSO im vergangenen Jahr CHF 3,0 Mio. Risikobeiträge zu wenig eingezogen hat, obwohl die PKSO nach wie vor ein Milliardenloch aufweist, das v.a. von den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern gestopft werden muss. Nichtsdestotrotz wurde der Lohn des Direktors stark erhöht – und dies offenbar sogar rückwirkend. Nach Ansicht der Interpellanten geht es weniger um die Frage, ob diese Erhöhung gerechtfertigt war oder nicht, als vielmehr um die moralischen Aspekte, die in dieser ganzen Angelegenheit zum Tragen kommen. Es ist wichtig – und für die Öffentlichkeit von grosser Bedeutung – zu wissen, welche Haltung die Regierung in dieser Affäre einnimmt. Dies auch deshalb, weil im Falle einer neuen Unterdeckung die Politik wieder gefragt sein würde und die Bevölkerung zu bezahlen hätte.

Unterschriften: 1. Beat Blaser, 2. Christian Werner, 3. Thomas Eberhard, Johannes Brons, Roberto Conti, Jacqueline Ehrsam, Tobias Fischer, Claudia Fluri, Walter Gurtner, Beat Künzli, Fritz Lehmann, Peter M. Linz, Hans Marti, Hugo Schumacher, Rolf Sommer, Hansjörg Stoll, Albert Studer, Leonz Walker (18)